

Deregulierung statt Diffamierung und Rückkehr zu sachlicher Diskussion

Die unterzeichnenden ärztlichen Spitzenverbände haben am 21. Februar 2013 auf Einladung der Bundesärztekammer auf einer gemeinsamen Sitzung nachfolgende Resolution verabschiedet:

Wir – die ärztlichen Spitzenverbände – verurteilen jegliche Form der Korruption! Wir setzen uns für die vollständige Aufdeckung und die angemessene Ahndung ein.

Wir wehren uns aber entschieden gegen die fortgesetzte Skandalisierung unseres Berufsstandes, die das Vertrauen der Menschen in ihre medizinische Versorgung nachhaltig erschüttert. Unausgesprochenes, aber deutlich erkennbares Ziel der Diffamierungskampagnen der Krankenkassen ist es, die Ärzteschaft unter einen permanenten Generalverdacht zu stellen, um sich Vorteile bei gesundheitspolitischen Strukturentscheidungen zu verschaffen. Sie nehmen dabei billigend in Kauf, dass Patienten Vertrauen verlieren und Ärzte in Klinik und Praxis dauerhaft demotiviert werden. Wir fordern deshalb Politik und insbesondere die Kostenträger dazu auf, die aus Einzelfällen abgelei-

tete Desavouierung eines ganzen Berufsstandes zu beenden und zu einer sachlichen Diskussion mit allen Beteiligten zurückzufinden.

Die Ärztinnen und Ärzte halten sich an Recht und Gesetz – dies ist und bleibt die Regel und nicht die Ausnahme!

Immer wieder – wie eine Vorverurteilung – vorgetragene Verdachtsfälle dienen vor allem zur politischen Diskreditierung unseres Berufsstandes. Sie sind dabei in erheblichem Maße auf die hohe Komplexität rechtlicher Regelungen zum Arztberuf zurückzuführen. Wie kein anderer Beruf sieht sich der Arzt einer unüberschaubaren Zahl gesetzlicher und untergesetzlicher Regelungen gegenüber. Diese zunehmende Überregulierung unseres Gesundheitssystems führt dazu, dass Ärztinnen und Ärzte immer weniger Zeit für ihre ureigenste Aufgabe haben, den Dienst am Patienten.

Die ärztlichen Spitzenverbände fordern deshalb, endlich die Dynamik der weiteren Verrechtlichung ärztlicher Tätigkeit zu durchbrechen und den notwendigen Raum für Therapiefreiheit und Verantwortung wiederherzustellen.

Unterzeichnende Verbände

- Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften
- Bundesärztekammer
- Bundesverband der Knappschaftsärzte e. V.
- Deutscher Ärztinnenbund e.V.
- Deutscher Hausärzteverband e. V.
- Freie Ärzteschaft e. V.
- Gemeinschaft Fachärztlicher Berufsverbände
- Hartmannbund – Verband der Ärzte Deutschlands e. V.
- Kassenärztliche Bundesvereinigung
- Marburger Bund e. V.
- MEDI Deutschland e. V.
- Medizinischer Fakultätentag der Bundesrepublik Deutschland
- NAV-Virchow-Bund e. V.
- Spitzenverband Fachärzte Deutschlands e. V.
- Verband der leitenden Krankenhausärzte Deutschlands e. V.